

**JÜRGEN ANGELOW**

Kontexte ungleicher Deutung  
Zur Rezeption Friedrichs II. im geteilten Deutschland

Bewertungen historischer Persönlichkeiten – wie auch andere historische Werturteile – unterliegen dem Geist der Zeit und jenen Maßstäben, die die Gegenwart auf die Geschichte rückprojiziert. In diesen Projektionen summieren sich zurückliegende Deutungen wie Mißdeutungen, Urteile und Stereotype, Bilder und Zerrbilder. Das vom Historiker in die Vergangenheit geknüpfte Band bleibt vielfältigen subjektiven Einflüssen und zeitbedingten Interventionen ausgesetzt. Oft wird es deshalb viel interessanter sein, in Erfahrung zu bringen, in welchem Kontext sich historische Werturteile gebildet haben, als diese Urteile selbst nur zu beschreiben und der Analyse zuzuführen. Relevanz und Reiz historiografiegeschichtlicher Betrachtungen werden freilich gerade bei solchen Persönlichkeiten noch gesteigert, die in der Geschichtsschreibung sehr unterschiedliche Bewertungen erfahren haben – denn an ihnen scheiden sich die Geister. Friedrich II. war – betrachtet man ihn als Objekt der Historiografie – eine solche Persönlichkeit. Gegenstand der folgenden Ausführungen wird es nicht sein, eine Charakteristik Friedrichs II. vorzunehmen. Statt dessen sollen Bewertungen anderer beurteilt und in die jeweiligen historischen Kontexte eingebunden werden. Im Mittelpunkt soll dabei die Historiografie der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1990, genauer, die Beschäftigung von DDR-Historikern mit Friedrich II. in den späten Jahren der DDR stehen, denn aus Platzgründen kann auf die frühen Jahre sowie auf die bundesdeutsche Friedrich-Rezeption nur punktuell und vergleichend eingegangen werden.

Gewiß lagen die Ursprünge der späteren offiziellen Friedrich-Deutung und Beschäftigung mit Preußen im Osten Deutschlands nach 1945 in der Konzeption deutscher Kommunisten der Moskauer Emigration, die die deutsche Geschichte in eine progressive und eine reaktionäre Linie zu teilen versuchten, wobei auf der Hand lag, daß Preußen und Friedrich II. viel zu sehr mit der NS-Ideologie verwoben und von den Zielen des Nationalsozialismus subsumiert schienen, als daß sie nicht von vornherein der reaktionären Klassenlinie hätten zugeordnet werden müssen. Die Erinnerung an jene Tage war noch frisch, als der *Völkische Beobachter* die Verfilmung „Der alte und der junge König“ von 1935 als „deutschen Film“ gefeiert hatte, in dem „anhand eines Menschenschicksals das Schicksal eines Volkes gestaltet“ worden sei, als Joseph Goebbels 1942 mit Hilfe des bekannten Friedrich-Darstellers Otto Gebühr im Tobis-Film „Der große König“ das deutsche Volk auf die Entbehrungen und Härten des Krieges vorbereitet und schließlich 1944 im Film „Affäre Roedern“ die „Hingabe bis zum letzten Atemzug an den Staat unter Einsatz des Lebens“ beschworen hatte. Noch im März 1945 hatte Goebbels gehofft, daß sich das „Mirakel des Hauses Brandenburg“ wiederholen würde: Auch Friedrich sei „in dunkelster Stunde“ ein heller Stern aufgegangen, „und Preußen wurde gerettet in einer Situation, in der er schon fast alle Hoffnung aufgegeben hatte.“<sup>1</sup> Ganz ähnlich hatte Hitler nach dem Tode Roosevelts am 12. April 1945 – an die

---

<sup>1</sup> J. Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg 1977, S. 370.

historische Parallele des Ablebens der russischen Zarin erinnernd – auf dem Unmöglichen beharrt: „Hier haben wir das große Wunder“ – so gegenüber Albert Speer – „das ich immer vorausgesagt habe (...) Der Krieg ist nicht verloren.“<sup>2</sup>

Ohne Zweifel mußte aus der Perspektive des Neuanfangs 1945 in Bezug auf Preußen ein scharfer Trennstrich gezogen werden. Und dieser Trennstrich betraf Ost und West gleichermaßen, obwohl bereits sehr früh in den unterschiedlichen Besatzungszonen ein differenzierteres Bild auszumachen war. So kann es nicht verwundern, wenn bereits 1948 in der Sowjetischen Besatzungszone in der Schrift des Schweriner Autors Heinz Schirmann: „Fridericus. Legende und Wirklichkeit“<sup>3</sup> Friedrich II. als einer jener Männer gesehen wurde, die die deutsche Geschichte „entscheidend und unheilvoll“<sup>4</sup> bestimmt hätten. Schirmann verfolgte nicht nur das Ziel, Friedrich II. von seinem Sockel zu stoßen, sondern gleichzeitig mit dem Erbe der liberalen borussischen Geschichtsschreibung und ihrer euphemistischen Sicht auf Preußen zu brechen sowie der Kontinuität zwischen dem Hohenzollernkönig und der kleindeutschen Reichseinigung unter Preußens Führung, die er durch sein Wirken langfristig vorbereitet hätte, abzuschwören. Nach Ansicht Schirmanns wäre das Band zwischen Preußen und dem späteren deutschen Nationalstaat nunmehr durchtrennt, da der Preußenadler zerschmettert sei. Es sei an der Zeit, so Schirmann, „daß uns die Augen über aufgeputzte falsche Größen unserer Geschichte aufgetan werden“, zäh haftende Legenden beseitigt und liebgewordene nationale Illusionen über Bord geworfen würden.<sup>5</sup> Gerade der blutige Mythos Friedrichs II. müßte, „als ein riesengroßer Meilenstein auf dem Wege des Niedergangs unseres Volkes“ zertrümmert werden.<sup>6</sup>

Im Grunde genommen ging es bei der Auseinandersetzung mit Preußen doch um die Überwindung jener angenommenen Kontinuität, die einen Bogen von Martin Luther über Friedrich II. und die kleindeutsche Reichseinigung bis hin zum Nationalsozialismus schlug. Bei Schirmann wird eben dieser Kontext durch die Forderung nach einer Korrektur des Bildes Friedrichs II. angesichts der verheerenden Bilanz des gerade zu Ende gegangenen Krieges und des unbeschreiblichen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Elends des deutschen Volkes hergestellt.<sup>7</sup> Als meinungsführend und nachhaltig für die Diskussion der frühen DDR um Preußen und das Bild der deutschen Nation sollte sich freilich die bereits 1947 erschienene Generalabrechnung des SED-Kulturfunktionärs Alexander Abusch (1902-1982) erweisen. Auch dessen Schrift „Der Irrweg einer

<sup>2</sup> Zit. n. H. Dollinger, Friedrich II. von Preußen. Sein Bild im Wandel von zwei Jahrhunderten, München 1986, S. 192.

<sup>3</sup> H. Schirmann, Fridericus. Legende und Wirklichkeit, Schwerin 1948.

<sup>4</sup> Ebd., S. 5.

<sup>5</sup> Ebd., S. 38 f.

<sup>6</sup> Ebd., S. 39.

<sup>7</sup> Dollinger, Friedrich II. (wie Anm. 2), S. 195.

Nation“<sup>8</sup> hatte an der Sonderwegsthese angeknüpft, die nach dem Ersten Weltkrieg in England und Frankreich mit der Debatte um die deutsche Kriegsschuld aufgekommen war und seit 1933 von deutschen Emigranten (u. a. Fritz Stern, Hajo Holborn, Hans Rosenberg, Eckart Kehr), die den Weg der Deutschen in den Abgrund als eine verhängnisvolle Abkoppelung von der westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratieentwicklung ansahen, prononciert vertreten wurde. Vor allem im angelsächsischen Raum erfreute sie sich nach 1945 einer erstaunlichen Beliebtheit – wie Arnold Toynbee, A. J. P. Taylor und andere Beispiele belegen.<sup>9</sup> Das Hervorheben einer angeblich „militaristischen Tradition“ Preußens sowie der protestantischen, den Staat in dem Mittelpunkt stellenden Pflichtethik bildeten die Pfeiler dieses Konzeptes.

Eine scharfe Verurteilung des alten Preußen und seines bedeutendsten Monarchen überzog in diesem Sinne 1948 auch bei Karl Anton Schmidt, dessen Schrift zu Friedrich II. 1948 in Augsburg erschien.<sup>10</sup> Sein Versuch einer Umwertung des bis dahin gültigen Friedrich-Bildes war mit der Generalabrechnung des Schweriners Heinz Schirmann in Inhalt und Form durchaus vergleichbar und kulminierte in einer scharfen Anprangerung der einseitig militärischen Züge des Preußenkönigs. Sie hätten schließlich dazu geführt, den preußischen Untertanengeist und die vielen subalternen Verhaltensmuster auszubilden, die nunmehr unter Anklage standen. Friedrich sei „nicht der Vater des Volkes“ gewesen, auch „nicht sein Diener, sondern sein Herr, und zwar sein Kriegsherr“. Der Soldatenrock, den der König nicht einmal „propre“ zu tragen verstand, sei allen ein Warnzeichen gewesen, „daß Preußen die Verkörperung des Militarismus ist und bleiben wolle“.<sup>11</sup>

Recht holzschnittartig, zwischen Lob und Tadel schwankend, urteilte 1947, im selben Jahr, als Preußen, jener Staat, „der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen“ sei, durch alliierten Kontrollratsbeschluß vom 25. Februar zu existieren aufhörte, auch der damalige Senior der englischen Geschichtsschreibung George Peabody Gooch in seiner durchaus vielschichtigen, die schillernden Facetten des Preußenkönigs aber zum Teil apodiktisch überhöhenden Biografie „Frederick the Great. The Ruler, The Writer, The Man“.<sup>12</sup> Gooch zeichnete einerseits das Bild eines gekrönten Räubers und warf Friedrich vor, den Weg in die konstitutionelle Monarchie nicht gegangen zu sein, plädierte aber andererseits dafür, ihn aus seiner Zeit und den Quellen seiner Zeit zu verstehen. In seinem Geleitwort war Willy Andreas vorsichtig von einigen Thesen des Briten abgerückt:

<sup>8</sup> A. Abusch, *Der Irrweg einer Nation*, Berlin 1947.

<sup>9</sup> Dazu mit zahlreichen aktuellen Bezügen: J. Elsässer, *der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung*, München 2003.

<sup>10</sup> K. A. Schmidt, *Friedrich II. von Preußen. Versuch einer Umwertung*, Westheim bei Augsburg 1948.

<sup>11</sup> Zit. nach Dollinger, *Friedrich II.* (wie Anm. 2), S. 196.

<sup>12</sup> Dt. Fassung: G. P. Gooch, *Friedrich der Große. Herrscher, Schriftsteller, Mensch*, Frankfurt a. M., Hamburg 1964 (mit einem Geleitwort v. W. Andreas, 1950).

„Der Mangel an politischem und seelischem Gleichgewicht, der nach Zusammenbrüchen Deutschlands immer wieder zum historischen Bilde unserer Niederlagen und Umwälzungen gehört, wirkt sich neuerdings in der Beurteilung Friedrichs von Preußen aus. Wurde früher mit dem ‚Alten Fritz‘ ein wahrer Kult getrieben, so fehlt es jetzt nicht an Versuchen, ihn ins Vorstadium einer verhängnisvollen Entwicklung zu rücken, die mit dem ungeheuersten Zusammenbruch unserer Geschichte endete.“<sup>13</sup>

Immerhin war deutlich geworden, daß Friedrich II. offenbar unter angelsächsischen Historikern ein viel größeres Interesse hervorrief, als in Deutschland – ein Umstand, den Gerhard Ritter auf dem X. Internationalen Kongreß für Geschichtswissenschaft in Florenz 1955 zu Recht beklagte.<sup>14</sup>

Derselbe Gerhard Ritter hatte sich noch im Kontext der Kriegsniederlage – anknüpfend an seine Friedrich-Biografie von 1936<sup>15</sup> – um Teilkorrektur und Abgewogenheit bemüht, indem er den Spagat zwischen dem Festhalten an eigenen Forschungsleistungen bei Berichtigung zeittypischer Huldigungen des NS-Regimes einerseits und Beanstandung des sehr preußenkritischen Zeitgeistes andererseits herzustellen versuchte und aus diesem Blickwinkel die 3. Auflage seiner Friedrich-Biografie lediglich als „nüchterne Bestandsaufnahme“ und als „Beitrag zur politisch-historischen Selbstbesinnung“ gewertet wissen wollte.<sup>16</sup> Ritter bemängelt zwar das Antiliberale im Herrschertum des preußischen Königs, stellte aber das „Janusgesicht“ Friedrichs II. in den Vordergrund seiner Überlegungen<sup>17</sup> und setzte mit diesem Begriff nachhaltige Impulse für spätere Interpretationen – bis in die Gegenwart. Die friderizianische Politik sei keineswegs einseitig militaristisch gewesen, so Ritter, der dem Problem des „Militarismus“ einige Jahre später in seinem Hauptwerk „Staatskunst und Kriegshandwerk“ auf den Grund gehen wird.<sup>18</sup> Friedrich sei kein Militarist gewesen, „sondern ein Machtpolitiker, dessen äußere Lage ihn stärker als andere zum Einsatz militärischer Mittel“ gezwungen hätte.<sup>19</sup> Dennoch erschien der Hohenzoller Ritter als Personifikation „einer kalten und harten Staatsraison“, „mehr als Dämon denn als populäre politische Führergestalt“.<sup>20</sup>

<sup>13</sup> Ebd., Geleitwort v. W. Andreas, S. 7-11, hier S. 9.

<sup>14</sup> G. Ritter, Leistungen, Probleme und Aufgaben der internationalen Geschichtsschreibung zur Neueren Geschichte (16.-18. Jahrhundert), in: Relazioni del X. Congresso Internazionale di Scienze Storiche, vol. VI. Florenz 1955, S. 220.

<sup>15</sup> G. Ritter, Friedrich der Große. Ein historisches Profil, Leipzig, 1936, (21942, Heidelberg 31954).

<sup>16</sup> Ebd., 31954, Vorbemerkung.

<sup>17</sup> G. Ritter, Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948.

<sup>18</sup> G. Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, 4 Bde., München 1954-1968. Vgl. auch L. Dehio, Um den deutschen Militarismus, in: HZ, Bd. 180, 1955.

<sup>19</sup> Ritter, Friedrich der Große, 1954 (wie Anm. 15), S. 258.

<sup>20</sup> Ebd., S. 245 f.

Diese frühen, trotz ihrer kritischen Tendenz ein durchaus differenziertes Bild hinterlassenden Äußerungen zu Friedrich II. prägten das Preußenbild Nachkriegsdeutschlands für lange Zeit. Die sorgfältige Abkoppelung Preußens und der Hohenzollern vom Geist und Stil des Nationalsozialismus war nicht nur ein Gebot wissenschaftlicher Redlichkeit, sondern paßte auch zum konservativen Zeitgeist der frühen Jahre der Bundesrepublik, wohl auch zum rheinisch-preußischen Akzent ihres ersten Kanzlers. Doch die Forschung wandte sich bald anderen Themen zu. Eine intensivere biografische Beschäftigung mit der Person Friedrichs II. fand in den folgenden Jahren in beiden deutschen Staaten kaum mehr statt. Unterdessen wurde der Gegenstand Preußen nun inhaltlich und methodisch aufgefächert, so beispielsweise in der Studie von Stephan Skalweit zum Aufstieg des friderizianischen Preußen in der öffentlichen Meinung Frankreichs<sup>21</sup>, der von Walther Hubatsch zum Problem der Staatsraison bei Friedrich dem Großen<sup>22</sup> oder der von Otto Büsch zum altpreußischen Militärsystem und Sozialleben.<sup>23</sup>

Erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre begannen sich die Voraussetzungen für eine erneute Hinwendung zu Preußen in beiden deutschen Staaten nachhaltig zu ändern. Zwar hatten sich noch vor der antiautoritären Protestbewegung der 68er Generation Richard Dietrich mit seiner „Kleinen Geschichte Preußens“<sup>24</sup> 1966 und Hans-Joachim Schoeps in zahlreichen Vorträgen und Publikationen seit den 50er Jahren,<sup>25</sup> insbesondere mit seinem Preußenbuch von 1967<sup>26</sup> – hier nun die europäische Brückenfunktion Preußens für eine Verbindung von Ost- und Westdeutschland betonend – für eine nachhaltige Rehabilitation Preußens eingesetzt, doch führten der Veränderungsdruck innerhalb der

---

<sup>21</sup> S. Skalweit, Frankreich und Friedrich der Große. Der Aufstieg Preußens in der öffentlichen Meinung des „ancien régime“, Bonn 1952.

<sup>22</sup> W. Hubatsch, Das Problem der Staatsraison bei Friedrich dem Großen, Göttingen/Berlin/Frankfurt a. M. 1956. Mit starken biografischen Bezügen versehen, aber – auf der Acta Borussica fußend – die Verwaltung von Staat, Heer und Finanzen in den Blick nehmend: Hubatsch, Friedrich der Große und die preußische Verwaltung, Köln/Berlin 1973.

<sup>23</sup> O. Büsch, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713-1807, Berlin 1962.

<sup>24</sup> Preußen sei nicht mehr und nicht weniger militaristisch gewesen als seine Widersacher. Echtes Preußentum würde sich viel eher durch „unablässige Arbeit und strenge Pflichterfüllung“ auszeichnen als durch militaristisches und reaktionäres Gebaren: R. Dietrich, Kleine Geschichte Preußens, Berlin 1966, S. 260.

<sup>25</sup> Im Zeitalter der Ost-West-Konfrontation und der konventionellen Überlegenheit der Truppen des Warschauer Vertrages hatte Schoeps u. a. zum 200. Jahrestag der Schlacht bei Leuthen geschrieben: „Die Schlacht bei Leuthen hat in der Geschichte der Kriegskunst hohen Ruhm und ist von Generalstäblern immer wieder als klassisches (Beispiel) dafür studiert worden, daß man auch einen zahlenmäßig klar überlegenen Gegner schlagen kann.“ H.-J. Schoeps, Die Schlacht von Leuthen, in: Tradition und Leben, 9, 1957, S. 10-12. Zit. n. B. R. Kroener, „Nun danket alle Gott.“ Der Choral von Leuthen und Friedrich der Große als protestantischer Held. Die Produktion politischer Mythen im 19. und 20. Jahrhundert, in: „Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 105-134, hier: S. 133.

<sup>26</sup> „Das Fehlen Preußens bedeutet, daß heute der Osten und der Westen Deutschlands unverbunden sind und dieser Staat seine europäische Funktion nicht mehr erfüllen kann, die in der Klammer- und Brückenbildung zwischen Ost und West bestanden hat.“ H.-J. Schoeps, Preußen. Geschichte eines Staates, Berlin 1967, S. 299.

bundesdeutschen Gesellschaft, der von den Angehörigen des Bildungsbürgertums und der Mittelschichten ausging, ihr vorwiegend ideologischer Protest gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze der „Großen Koalition“, zu wirklichem Aufbruch und einem Infragestellen kontext- und zeitunabhängig verinnerlichter preußischer Werte und Tugenden. Als sich im September 1969 eine SPD/FDP-Koalition unter Willy Brandt formierte, hieß es in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“<sup>27</sup> Die „Ostverträge“ von 1970 brachten eine Entspannung im Verhältnis zur UdSSR, zu Polen, zur Tschechoslowakei und zur DDR.<sup>28</sup> Die bundesdeutsche Wirtschaft prosperierte, sie wurde erst später allmählich von der Wirtschaftskrise erfaßt. Als der deutsch-deutsche Verkehrsvertrag von 1972 beinahe zu einer Verdopplung des beiderseitigen Reiseverkehrs führte, war dies ein Zeichen dafür, daß die deutsche Teilung vielleicht durch praktizierte Zusammengehörigkeit im Alltag allmählich überwunden werden könnte.<sup>29</sup> Preußen und Friedrich II. mussten hierfür nicht in die Pflicht genommen werden, die wissenschaftliche Beschäftigung mit ihnen stagnierte.

Auch für die Geschichtsschreibung der DDR hatten sich die Voraussetzungen für eine Beschäftigung mit Preußen und Friedrich II. seit den 70er Jahren nachhaltig verschoben. Dabei kristallisieren sich zwei überraschende Befunde heraus: Im Zusammenhang mit der im Kontext der Erbediskussion erfolgenden neuen Sicht auf Preußen wurden zum einen Auflösungsprozesse der marxistischen Geschichtsschreibung sichtbar, die nicht erst in den späten 80er Jahren einsetzten, sondern wahrscheinlich bedeutend früher als bisher angenommen. Zum anderen erwies sich die DDR-Geschichtswissenschaft, wie die Hinwendung zu Preußen an den Tag brachte, offenbar viel weniger monolithisch und unfähig zur Adaption marxismusfremder Ansätze als vermutet.

Die seit den 70er Jahren spürbare Aufwertung Preußens in der DDR war Ausdruck ihrer sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Existenzbedingungen. Zum einen ermöglichten äußere Faktoren, wie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die meisten Staaten und das durch die „Ostverträge“ spürbar verbesserte Ost-West-Verhältnis sowie eine Phase der inneren, politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung des Sozialismus in der DDR nun ein diesen Entwicklungen adäquates, komplexeres Geschichtsbild. Zum anderen hatte der gewaltsame Abbruch aller Reformversuche im sozialistischen Lager Ende der 60er Jahre zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit und diskursiver Stringenz der marxistischen Geschichtsschreibung geführt. Doch die sich daran knüpfenden Zielstellungen einer Ausweitung des Geschichtsbildes und einer stärkeren Inanspruchnahme

---

<sup>27</sup> Zit. n. M. Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 475.

<sup>28</sup> Ebd., S. 537-563.

<sup>29</sup> Ebd., S. 559.

der Geschichte zur politischen Stabilisierung des Systems wurden nur zum Teil erfüllt.

Zunächst hatte sie das politische Bedürfnis nach einem stärker national konzipierten Geschichtsbild verdeutlicht: Nach Verabschiedung der „sozialistischen Verfassung“ von 1968 und der darin enthaltenen Absage an eine deutsche Nation unter Einschluß der Bundesrepublik, benötigte die sich nach dem Verständnis der SED-Führung formierende, sogenannte „sozialistische deutsche Nation“ eine eigene nationale Identität, die ein Verbundenheitsgefühl ihrer Bürger mit „ihrem“ sozialistischen Vaterland auch in der gemeinsamen historischen Rückbesinnung sichern würde.<sup>30</sup> Das hierfür antizipierte Geschichtsbild sollte das nationale Selbstwertgefühl heben. Es hatte die vordergründige und überspitzte Abrechnung mit dem „reaktionären Erbe Preußens“ abzuschließen und gleichzeitig Blickverengungen zu korrigieren, die durch eine übermäßige Konzentration auf die Geschichte der sogenannten „progressiven Klassenlinie“, unter anderem der organisierten deutschen Arbeiterbewegung, gekennzeichnet war. War doch die DDR-Geschichtsschreibung in den sechziger Jahren sehr stark für den Aufbau des Sozialismus und die historische Legitimation der SED instrumentalisiert worden, was u.a. seinen Ausdruck in dem achtbändigen Standardwerk zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ fand, das Anfang der 60er Jahre unter unmittelbarer Einwirkung Walter Ulbrichts vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegeben wurde.<sup>31</sup>

Diese Phase hinter sich lassend, bemühte sich ein Teil der DDR-Historiker um eine stärker nationale, auch konservative Elemente einbeziehende Interpretation der eigenen Gesellschaft, mit dem Griff nach der „ganzen Nationalgeschichte“ sowie der Rekonstruktion von Kontinuitätslinien zu früheren Herrschaftsverhältnissen. Der andere Teil wollte den Anspruch auf die emanzipatorische Wirkung des eigenen Gesellschaftsmodells sowie die universalgeschichtliche Deutung nicht aufgeben und geriet dadurch in einen immer stärkeren Kontrast zur Realität. Eine marxistische Ausdeutung des Realsozialismus unter Einbeziehung des gesellschaftskritischen Potentials des Marxismus galt als Tabu und wurde weitgehend ausgeschlossen, obwohl die Methodologie der materialistischen Geschichtsauffassung auch weiterhin eine Monopolstellung reklamierte.

Innerwissenschaftliche Einflußfaktoren traten hinzu: Unter dem Eindruck des realsozialistischen Alltags und in Auseinandersetzung mit westlichen Modernisierungstheorien sowie der teilweise adaptierten Sozialgeschichte – die ihrerseits mit der starken Betonung materieller Strukturen und sozialökonomischer Verhältnisse marxistischen Historikern

---

<sup>30</sup> J. Angelow, Zur Rezeption der Erbediskussion durch die Militärgeschichtsschreibung der DDR, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 52 (1993), Heft 2, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, S. 345-357, hier: S. 347.

<sup>31</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1-8, Berlin (Ost) 1966.



weite Türen geöffnet hatte<sup>32</sup> – kam es spätestens seit dem Ende der 70er Jahre zu einer doppelten und unwiderruflichen Erosion der marxistischen Geschichtsschreibung. Zum einen durch den Abwurf von theoretischem Gepäck, wobei die Theorie von der Gesellschaftsformation als Kern des materialistischen Geschichtsverständnisses deutlich im Mittelpunkt der Erleichterungsbemühungen stand. Zum anderen durch eine tunliche Verschleierung oder peinliche Vermeidung der am Marxismus ausgerichteten, als diskreditiert empfundenen Terminologie in den empirischen Studien und theoretischen Debatten. Die Sprache der marxistischen Historiker begann sich stärker zu unterscheiden und insgesamt zu verändern. Mit ihr verlor die überlieferte Diskursgemeinschaft der ostdeutschen Historikerzunft lange vor dem Ende des real existierenden Sozialismus in der DDR ihre innere, oftmals nur noch terminologisch verbürgte Homogenität und identitätsstiftende Wirkung.<sup>33</sup>

Es ist durchaus eine Überlegung wert, ob die späte Beschäftigung der DDR-Geschichtsschreibung mit Friedrich II. bereits Ausdruck des fortgeschrittenen Verschleißes der Legitimität und Deutungskraft des marxistischen Kategoriensystems war. Sie erfolgte im Kontext der während der Diskussion um Erbe und Tradition ausgelösten Debatte um das Thema des Übergangs von Gesellschaften von einer Formation in eine andere sowie der Rolle von reformerischen Wegen gesellschaftlicher Transformationsprozesse in Abgrenzung zum revolutionären Weg. Immerhin wurde damit der auf Lenin gegründete Glaube an den revolutionären Wandel durch das Wirken einer politischen und nicht selten militärischen Avantgarde einer eingehenden Prüfung unterzogen. Insbesondere galt dies für die politisch etwas unverfänglichere, weil weiter zurückliegende Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus, die aber durchaus paradigmatisch für das Gesamtphänomen stehen konnte.

Mit dem Ziel, mehr Licht in das Verhältnis von absolutistischem Staat und Bürgertum zu bringen und darüber hinaus die Voraussetzungen für den evolutionären Wandel der spätabolutistischen Gesellschaft in Preußen hin zum Kapitalismus zu erklären, war im *Institut für deutsche Geschichte* unter Leitung des später vor allem durch seine zweibändige Bismarck-Biografie international beachteten Ernst Engelberg – wohl nicht zufällig im Verfassungsjahr 1968 – eine Arbeitsgruppe zur Geschichte des Absolutismus in Preußen eingesetzt worden, die von Ingrid Mittenzwei geleitet wurde. Diese hatte sich zuvor mit dem Bauernkrieg befaßt und wandte sich nun der preußischen Geschichte, und hier insbesondere wirtschaftspolitischen Fragen der Epoche Friedrichs II. zu.<sup>34</sup>

<sup>32</sup> Vgl. J. Eibach: Sozialgeschichte, in: J. Eibach/G. Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 9-22; P. Nolte, Historische Sozialwissenschaft, in: ebd., S. 53-68.

<sup>33</sup> Vgl. M. Middell, Marxistische Geschichtswissenschaft, in: ebd., S. 69-82, hier: S. 81.

<sup>34</sup> I. Mittenzwei, Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik, Berlin 1979. Der Autor dieses Beitrags ist Ingrid Mittenzwei für ihre offenen und kritischen Auskünfte zu Dank verpflichtet.

Die vornehmlich auf Quellen basierende Arbeit Mittenzweis sollte den Grundstein zu einer Biografie Friedrichs II. legen, die im Anschluß an die Fertigstellung ihrer Habilitation 1976 in Angriff genommen wurde und – ohne im Vorfeld mit ideologischen Vorgaben belastet zu werden – 1979 in erster Auflage erschien.<sup>35</sup> Das Buch erwies sich als großer Erfolg: Sofort nach seinem Erscheinen war die erste Auflage verkauft und nicht einmal mehr als „Bückware“ zu haben. Die zweite Auflage erschien ein Jahr später, inhaltlich etwas erweitert und mit einem Anmerkungsapparat versehen. Insgesamt gab es fünf Auflagen mit einer traumhaften Viertelmillion verkaufter Exemplare.

Den wissenschaftlichen Kontext der Biografie Friedrichs II. bildete die DDR-Historiografie, in der die Monopolstellung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie nach außen unangetastet geblieben war, obwohl die profilbestimmenden Historiker nicht mehr dem negativ überzeichneten, in reaktionäre Kontinuitätslinien eingebetteten sowie durch scharfe Auseinandersetzungen und Abgrenzungen bestimmten Preußenbild der frühen Jahre der DDR angingen. Durch die Erbediskussion hatten sich einige Spielräume geweitet, und die politisch-ideologische Zwecksetzung hatte sich modifiziert; Fremd- und Selbstkontrolle aber waren intakt geblieben. Diese Kontexte nahm die Biografie Friedrichs II. auf und zeichnete ein durchaus ambivalentes Bild. Eine Analyse des Textes verdeutlicht gleichermaßen übermäßige Vorsicht wie taktisches Kalkül. Dabei wurden traditionelle Stereotype nicht nur anhand sprachlicher Mittel der marxistischen Terminologie erkennbar, sondern auch durch den Versuch, das Wirken Friedrichs II. in das Schema der Gesellschaftsformationen sowie in die marxistische Auffassung vom Wirken historischer Persönlichkeiten zu stellen.<sup>36</sup> Andererseits hatte Mittenzwei ausdrücklich die Intelligenz, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des Preußenkönigs gelobt, die zunächst zwar zur Konservierung des Bestehenden eingesetzt worden waren, schließlich aber dazu geführt hätten, daß sich in Preußen „nach den Erschütterungen durch die Französische Revolution (die) bürgerliche Umwälzung relativ rasch vollzog(en)“.<sup>37</sup> Dagegen wirkte die Stilisierung von dörflichem Protest zum klassenkämpferischen Bauernaufstand – so auch bei Günter Vogler und Klaus Vetter in ihrem 1973 erschienenen kurzen Abriß der preußischen Geschichte<sup>38</sup> – oder die recht pauschal wirkende Kritik, die militärischen Erfolge des Preußenkönigs würden in der Bundesrepublik als historische Legitimation für imperialistische Aggressionsgelüste herhalten<sup>39</sup>, wieder durchaus parteikonform. Einen ganz ähnlichen Eindruck hinterließ der undifferenzierte Rundumschlag gegen die bundesdeutsche Publizistik, die mit der Unterstellung konfrontiert wurde, sie würde an neuen Friedrich-Legenden stricken, obwohl die Autorin ein durchaus geteiltes Echo von Seiten der

<sup>35</sup> I. Mittenzwei, Friedrich II. von Preußen, Eine Biografie Berlin 1979.

<sup>36</sup> Nach der Definition der materialistischen Geschichtsauffassung zeichnet sich eine historische Persönlichkeit dadurch aus, daß sie dem gesellschaftlichen Fortschritt gedient hat.

<sup>37</sup> Mittenzwei, Friedrich II. (wie Anm. 35), 21980, S. 212.

<sup>38</sup> G. Vogler/K. Vetter, Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin 1973, S. 111.

<sup>39</sup> Mittenzwei, Friedrich II. (wie Anm. 37), 21980, S. 126.

bundesdeutschen Rezensenten mit durchaus lobenden Beiträgen, wie dem von Michael Stürmer, empfangen hatte und ihre westdeutschen Kollegen – u.a. durch Vortragsreisen – vielfach persönlich kannte.

Nach Lage der Dinge knüpften sich an das verbale Austeilen von DDR-Historikern gegen den Westen verschiedene Erwartungen und Hoffnungen. Nur ganz wenige Historiker haben in der DDR ihre Mitarbeit verweigert und ihre Zuflucht in historiografischen Nischen gesucht. Die Mehrheit hatte darauf gehofft, daß sich die wissenschaftlichen Freiräume im Laufe der Zeit ausweiten würden.<sup>40</sup> Gerade weil Preußen und Friedrich II. neben Reformation und Bauernkrieg, der Weimarer Republik und der Widerstandsbewegung gegen Hitler zu den am meisten umstrittenen Themenkomplexen zählten, konnte der verbale Kotau vor den Parteiinstitutionen, beispielsweise der dem Politbüromitglied Kurt Hager unterstellten Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED oder dem Vorsitzenden des Rates für Geschichtswissenschaft Ernst Diehl, zu einem Vertrauensvorschuß und vielfältigen Erleichterungen führen, die dem wissenschaftlichen Streit schließlich – so nahm man an – zugute kommen würden.

Das dies gerade auch in der Preußendebatte der Fall zu sein schien, liegt auf der Hand, so daß deren angemessene nachträgliche Kontextualisierung durchaus Fehlerquellen bereithält. So handelt es sich beispielsweise um eine Verkennung des historischen Kontextes, wenn der „Einheit“- Artikel von Horst Bartel, Ingrid Mittenzwei und Walter Schmidt als paradigmatisch für das Verhältnis der DDR-Historiker zu Preußen zitiert wird,<sup>41</sup> obwohl der Beitrag erst nach einer schroff zurechtweisenden Rüge bzw. nach massivem Druck von Seiten Ernst Diehls zustande gekommen war, der damit seinerseits auf kritische Passagen im von Walter Schmidt und Helmut Meier herausgegebenen einschlägigen Sammelband „Erbe und Tradition in der DDR“ reagierte. Die Episode kann allerdings zur Verdeutlichung jener Tatsache herangeführt werden, auf welche Weise Forscherpersönlichkeiten in der DDR diszipliniert und Forschungsleistungen ideologisch verwertet wurden. Andererseits zeigte sie auch den Mechanismus der Entstehung von Selbstblockaden auf, die Historiker zum Taktieren zwangen und daran hinderten, gewachsene Spielräume zu erkennen und auszunutzen.<sup>42</sup>

Abgesehen davon war die „Einheit“ als Propagandablatt und erhobener Zeigefinger der SED kein Forum für wissenschaftliche Debatten und ist von den das fachliche Profil bestimmenden Historikern der späten DDR ganz sicher nicht als ein solches angesehen oder wissenschaftlich ernst genommen

<sup>40</sup> J. Petzold, Politischer Auftrag und wissenschaftliche Verantwortung von Historikern der DDR, in: K. H. Pohl (Hrsg.), *Historiker der DDR*, Göttingen 1988, S. 94-112, hier: S. 103.

<sup>41</sup> W. Wippermann, Braune und Rote Preußen. Preußen im Geschichtsbild des Dritten Reiches und der DDR, in: B. Heidenreich/F.-L. Kroll (Hrsg.), *Macht- oder Kulturstaat? Preußen ohne Legende*, Berlin 2002, S. 211-220, hier S. 217-218.

<sup>42</sup> Vgl. hierzu: W. Bramke, Freiräume und Grenzen eines Historikers im DDR-System. Reflexionen sechs Jahre danach, in: Pohl, *Historiker* (wie Anm. 40), S. 28-44, hier: S. 41.

worden. Das dem Glauben zugrundeliegende taktische Kalkül, Kompensationen und Loyalitätsbezeugungen dieser Art an der Peripherie würden mehr Freiräume für eine Ausdehnung und Differenzierung von Forschungen im Zentrum des Wissenschaftsbetriebes schaffen, hat sich im Nachhinein als politischer Fehler erwiesen.

Im Zuge der neuen Erbeaneignung nahm nun einerseits die Beschäftigung mit Preußen in quantitativer Hinsicht tatsächlich zu und wurde u. a. auf die Gebiete Kunstgeschichte, was die umfassende Darstellung Hans-Joachim Giersbergs zur Bautätigkeit Friedrichs II.<sup>43</sup> beweist, sowie der Militärgeschichte ausgedehnt. Bei letzterer konnte an scheinbar günstige Voraussetzungen angeknüpft werden, denn die NVA-Führung hatte immer ein sehr unbefangenes und teilweise unkritisches Verhältnis zu den preußisch-deutschen Militärtraditionen gepflegt, was im militärischen Zeremoniell und Brauchtum sowie in der Uniformierung seinen sichtbaren Ausdruck fand. Doch nun gingen die Forschungen zur preußischen Militärgeschichte in die Breite, die mit dem immer wieder aufgelegten kleinen militärgeschichtlichen Abriß der *Kriege Friedrichs II.* durch Olaf Groehler eingesetzt hatten, der sich noch vorwiegend auf eine narrative Schilderung der Operationen vor dem Hintergrund der politischen Geschichte der Schlesischen Kriege beschränkte<sup>44</sup>, ohne modernere Ansätze bundesdeutscher Historiker zur Militärgeschichte im Zeitalter des Absolutismus zur Kenntnis genommen zu haben.<sup>45</sup> Insbesondere Helmut Schnitter und Thomas Schmidt bemühten sich nun um eine viel breitere und sozialgeschichtlich abgesicherte Darstellung des absolutistischen Militärwesens unter Beachtung einschlägiger westdeutscher Forschungsergebnisse.<sup>46</sup> Nach und nach begann die Logik des innerwissenschaftlichen Diskurses und Austausches zwischen Ost und West vornehmlich ideologische Konstrukte zu verdrängen. Sicher hat hierzu auch der Umstand beigetragen, daß sich die bundesdeutsche Militärgeschichtsschreibung zu Friedrich II. und Preußen, personifiziert in Johannes Kunisch, Bernhard R. Kroener, Manfred Messerschmidt und anderen, durchaus kritisch Preußen gegenüber positionierte, wie zwei 1988-89 erschienene Sammelbände belegen.<sup>47</sup>

<sup>43</sup> H.-J. Giersberg, Friedrich als Bauherr. Studien zur Architektur des 18. Jahrhunderts in Berlin und Potsdam, Berlin 1986.

<sup>44</sup> O. Groehler, Die Kriege Friedrichs II., Berlin 1990.

<sup>45</sup> Unter anderem die sozialgeschichtliche Einordnung des preußischen Militärs: O. Büsch, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713-1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962; G. Papke, Von der Miliz zum Stehenden Heer. Wehrwesen im Absolutismus, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 1, Abschnitt I, München 1979; M. Messerschmidt, Preußens Militär in seinem gesellschaftlichen Umfeld, in: Preußen im Rückblick, hrsg. v. H.-J. Puhle/H.-U. Wehler (=Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6), Göttingen 1980, S. 43-88.

<sup>46</sup> H. Schnitter/Th. Schmidt, Absolutismus und Heer. Zur Entwicklung des Militärwesens im Spätfeudalismus (=Militärhistorische Studien 25, Neue Folge), Berlin 1987.

<sup>47</sup> J. Kunisch (Hrsg.), Persönlichkeiten im Umkreis Friedrichs des Großen, Köln/Wien 1988 (=Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte, Bd. 9). B. R. Kroener (Hrsg.), Europa im Zeitalter Friedrichs des Großen. Wirtschaft, Gesellschaft, Kriege (=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.

Andererseits sollte sich die Vorstellung der SED-Führung, über ideologische Vorgaben und die Maßregelung der Forschung zur Systemstabilisierung beitragen zu können, als illusorisch erweisen. Sie verdeutlichte lediglich den klaffenden Widerspruch zwischen den Bedürfnissen und Zumutungen der Politik und den immer weiter abnehmenden Angeboten und Möglichkeiten der DDR-Historiker. Der Wille, mittels politischer Agitation und historischer Aufklärung massenwirksam zu werden, war antiquiert und beruhte auf der in der kommunistischen Bewegung vor allem der Weimarer Jahre verbreiteten traditionellen Überschätzung der Rolle der Agitation, die den Erfahrungshorizont der meisten Politbüromitglieder noch immer bestimmte. Entgegen den trügerischen Hoffnungen auf eine Stabilisierung des Systems wurde die tatsächliche Lage in der DDR ab Mitte der 80er Jahre zunehmend labiler: Das sprunghafte Anwachsen von Ausreiseanträgen und die erste Botschaftsbesetzung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin im Juli 1984 annoncierten den Druck, unter den die SED-Führung geriet. Hinzu trat ab 1985 der „Gorbatschow-Faktor“, d. h. das Abgehen der UdSSR von Stil und Denkweisen vergangener Jahre, insbesondere von der Breschnew-Doktrin, der eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Freunden und Verbündeten zur Sicherung des eigenen Machtbereichs zugrunde lag. Die SED-Führung, zunehmend auf sich allein gestellt, verschloß sich und wirkte zunehmend autistisch: Kurt Hagers „Tapeten-Interview“ mit der Illustrierten Stern im April 1987 und das „Sputnik“-Verbot vom November 1988 markierten ihren Unwillen und ihre Unfähigkeit, die sich politisierende Öffentlichkeit durch Reformen zu besänftigen.

Unterdessen war die Faszination des Preußen-Themas in der DDR spätestens Mitte der 80er Jahre einem Gefühl der Saturiertheit gewichen. Der Vertrieb von „Rex-Bier“, die Aufstellung des Reiterdenkmals Friedrichs II. *Unter den Linden* (sogleich vom Berliner Volksmund parodiert: „Lieber Fritz, steig Du hernieder und regier uns wieder. Laß in diesen schlechten Zeiten lieber unsern Erich reiten.“<sup>48</sup>), die 1981 in Rostock uraufgeführte, ab 1983 dann auf dem Spielplan des Potsdamer Hans-Otto-Theaters stehende Theatersatire von Claus Hamel „Die Preußen kommen!“ signalisierten, daß sich das Thema längst von der akademischen Zunft weg in Richtung Alltagskultur und Stadtgespräch verlagert hatte. Allerdings hatte es infolge ironischer Überformung viel, wenn nicht alles von seiner konservativen, das System stabilisierenden Intention verloren.

Auch im Westen trieb die Preußenwelle seltsame Blüten. Wohl deshalb hatte Hans-Ulrich Wehler schon 1979 davor gewarnt, die neue Preußenmode zur Flucht vor der bundesrepublikanischen Wirklichkeit zu

---

26), München 1989. Kritische Beiträge, u. a. von Manfred Messerschmidt, der das historische Beispiel der kriegerischen Leistungen Friedrichs II. mit als spezifisch empfundenen Lebenseinstellungen und Wertkategorien verbindet, als deren Ferment der Protestantismus angesehen wurde, dessen preußische Ausformung eine besonders kämpferische Ausprägung erhalten habe.

<sup>48</sup> Zit. n. Dollinger (wie Anm. 2), S. 210.

instrumentalisieren.<sup>49</sup> Wehler hatte insbesondere die Einseitigkeiten des neuerdings vermittelten Preußenbildes kritisiert, das, die kritische Geschichtswissenschaft ignorierend, die Schwachstellen der preußischen Geschichte beschönigen und einige maßlos idealisierte Elemente herausgreifen würde. Diese Rüge richtete sich in ihrer scharfen politischen Zuspitzung vor allem an die Publizistik und die breite Öffentlichkeit; sie konnte sich eigentlich nicht mehr auf die bundesdeutsche Forschungslandschaft der 80er Jahre beziehen, die bei der Beurteilung Preußens die Grautöne überwiegen ließ sowie längst mit kritischen und kontroversen Beiträgen aufwartete. Im selben Jahr wie Wehlers Kritik war Sebastian Haffners Buch „Preußen ohne Legende“ erschienen, in dem die Geschichte Preußens als die Geschichte eines Vernunftstaates geschildert wurde, der in die „deutsche Falle“ gelaufen sei und damit – trotz der Gloriole der Reichsgründung – „zu einem langen Sterben verurteilt“ worden war. Friedrich II. wurde von Haffner als hochbegabter Dilettant und mephistophelischer Zyniker vorgeführt. „Friedrich war geistreich, einfallsreich und vielseitig, begabt nicht nur politisch und militärisch, sondern auch literarisch und musikalisch. Aber ein Genie war er eigentlich auf keinem Gebiet.“<sup>50</sup>

Auch der zuletzt in Köln lehrende Historiker Theodor Schieder hatte 1983 in seiner dickleibigen wissenschaftlichen Friedrich-Biografie „Ein Königtum der Widersprüche“<sup>51</sup> keineswegs Preußenapologie betrieben, sondern vielmehr jenes bereits von Gerhard Ritter leitmotivisch angeführte Thema der Persönlichkeitsspaltung aufgegriffen, um seinem Protagonisten gerecht zu werden. Zudem setzte Schieder auch in methodischer Hinsicht Maßstäbe, indem er die Lebensgeschichte des Preußenkönigs mit strukturellen Aspekten seiner Zeit, der europäischen Staatenwelt und dem persönlichen Umfeld verband. Ebenso kritisch urteilte Karl Otmar von Aretin in seiner Friedrich-Biografie über „Größe und Grenzen des Preußenkönigs“, die im Sommer 1985 erschien<sup>52</sup> und Friedrich als „gefährliches Vorbild“ bezeichnete, da dessen amoralische Politik die Illusion erweckt habe, man könne die Welt ungestraft herausfordern. Hätte Friedrich, der den Weg der Aufklärung nicht konsequent gegangen sei, seine eigentliche Aufgabe erfüllt und jenen Staat selbst geschaffen, den nach ihm Stein, Hardenberg, die Brüder Humboldt und andere in Verwandlung friderizianischer Traditionen schufen, ‚das Rendezvous des Ruhmes‘ hätte ihn nicht auf die Schlachtfelder Schlesiens und Böhmens geführt, sondern unter die Heroen der Menschheit.

In Bezug auf die Publizistik und öffentliche Wahrnehmungsmuster allerdings sollte Wehler mit seinem Einwand zum Teil Recht behalten. In der

<sup>49</sup> H.-U. Wehler, Preußen ist wieder chic, in: Der Monat, 31. Jahrgang, Heft 3, Oktober/November, Berlin 1979.

<sup>50</sup> S. Haffner, Preußen ohne Legende, Hamburg 1979, S. 146.

<sup>51</sup> Th. Schieder, Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche, Frankfurt a. M., Berlin/Wien 1983.

<sup>52</sup> K. O. v. Aretin, Friedrich der Große. Größe und Grenzen des Preußenkönigs. Bilder und Gegenbilder, Freiburg/Basel 1985.

Bundesrepublik verschob sich zu Beginn der 80er Jahre der öffentliche Diskurs in die konservative Richtung. Im Sommer 1982 war die sozial-liberale Koalition gescheitert und wurde nach einem konstruktiven Mißtrauensvotum am 1. Oktober 1982 durch eine christlich-liberale Koalition mit der FDP ersetzt. Zwar stiegen die Arbeitslosenzahlen weiter an, jedoch markierten der Exportboom, die Rekordaußenhandelsüberschüsse und eine bis zum Ende der 80er Jahre insgesamt günstige wirtschaftliche Lage eine ungeminderte Prosperität, die andererseits von zunehmender gesellschaftlicher Beharrung und Bewegungslosigkeit begleitet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die DDR-Führung bereits völlig versteinert und unfähig, mit dem gesellschaftlichen Reformdruck umzugehen. Und so zeichnete sich seit Anfang der 80er Jahre für beide deutsche Staaten, die alte Bundesrepublik und die untergehende DDR, ein ähnlicher Befund ab: Preußischer Stil und preußische Tugenden waren wieder „en vogue“. Selbstdisziplin und Pflichtbewußtsein, Verantwortungsgefühl und Gewissenhaftigkeit, Redlichkeit und die Bereitschaft, der Gemeinschaft Opfer zu bringen, sollten – in Zeiten der Immobilität – zur Stabilisierung ihrer Gemeinwesen verwandt werden, unabhängig davon, ob sie sich gegen schrankenlose Selbstverwirklichung sowie das Bequemlichkeits- und Gefälligkeitsprinzip der bundesdeutschen Konsumdemokratie richteten,<sup>53</sup> deren innere Legitimationskraft immer weiter auch an wirtschaftliche Prosperität geknüpft schien, oder gegen ungewünschte Tendenzen der Individualisierung und Aufmüpfigkeit im hinüberdämmernden realen Sozialismus der DDR.

Erich Honecker hatte bereits 1980 im „Neuen Deutschland“ eine Sicht auf die preußische Geschichte angemahnt, in der Größe und Grenzen historischer Persönlichkeiten deutlich gewürdigt werden sollten.<sup>54</sup> Er hatte sich dabei ausdrücklich auf die Biographie Friedrichs II. von Ingrid Mittenzwei bezogen, die er nun nachträglich als Resultat der offiziellen Haltung der DDR zum Erbe bezeichnete. Und die Eröffnungsrede zur Preußen-Ausstellung des Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, in der Berliner Philharmonie am 15. August 1981 verwies ganz explizit auf historische Kontexte und Interpretationsspielräume in Bezug auf die preußische Geschichte und die durch Preußen vermittelten Werte:

„Es sind nicht die preußischen Eigenschaften, die gut oder böse sind. Wir selbst sind die Instanz, die darüber entscheidet, ob sie sich verhängnisvoll oder segensreich auswirken. Es kommt auf die Ziele (...) und es kommt auf den geschichtlichen Zusammenhang an.“<sup>55</sup>

<sup>53</sup> F.-L. Kroll, Militär, Politik oder Kultur. Das Janusgesicht Preußens, in: Heidenreich/Kroll (wie Anm. 41), S. 9-18, hier: S. 18.

<sup>54</sup> Dollinger (wie Anm. 2), S. 210.

<sup>55</sup> Zit. n. ebd.

In diesem Punkt besteht heute Einigkeit<sup>56</sup>, sicher auch darüber, daß Friedrich II. eine der „staunenswerte(n), überragende(n) Gestalt(en) der deutschen Geschichte“<sup>57</sup> war, wie Weizsäcker als Bundespräsident in seiner Rede zum 200. Todestag des Preußenkönigs im Schloß Charlottenburg formulierte.

Doch schon bald nach Herstellung der deutschen Einheit ebte die Begeisterung für den Hohenzollernkönig wieder ab. Mit der symbolträchtigen Umbettung der Gebeine Friedrichs II. nach Sanssouci – vom „Spiegel“ als Themenheft aufgegriffen – schien auch sein Geist eine letzte Ruhestätte gefunden zu haben. Die öffentliche Debatte hat ihn seitdem kaum mehr zur Kenntnis genommen. Auch die deutschsprachige Friedrich-Forschung ist nach 1989 praktisch zum Erliegen gekommen:<sup>58</sup> Veröffentlichungen von wissenschaftlichem Rang wurden in den letzten Jahren nur noch im Ausland vorgelegt, etwa die kritische Ausgabe des Antimachiavell<sup>59</sup> oder die Korrespondenzen Friedrichs mit Louise-Dorothea von Sachsen-Gotha.<sup>60</sup> Abzuwarten bleibt, inwieweit der kulturgeschichtliche Ansatz zu einer Erweiterung der Perspektive führen wird. Mit Blick auf Preußen sieht die Situation etwas freundlicher aus, was verschiedene Sammelbände – etwa zu den preußischen Herrschern,<sup>61</sup> zu Macht und Kulturstaat<sup>62</sup> oder der von Patrick Bahner und Gerd Roellecke 2001 herausgegebene, kulturalistische Ansätze aufgreifende Sammelband „Preußische Stile“<sup>63</sup> – belegen.

Zweifellos folgte die Deutung Friedrichs II. im geteilten Deutschland sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten, politischen Intentionen oder Absichten. Das die Gesellschaft aufklärende oder falsche Stereotype korrigierende Bild der Nachkriegszeit blieb in Ost und West oft holzschnittartig gezeichnet und parteiisch, um größere Wirkung zu erzielen, wofür die Positionen Heinz Schirmanns und Karl Anton Schmidts (1948) stehen. Und auch später wurde Friedrich II. von bundesdeutschen Publizisten wie Rudolf Augstein (1968) und Sebastian Haffner (1979) an Knoten- und Wendepunkten der Geschichte kritisch und durchaus holzschnittartig gezeichnet.

Auf der Ebene der Fachwissenschaft dagegen wurde deutlich, daß die bundesdeutsche Geschichtsschreibung das Thema aufgrund ihrer größeren Ressourcen breiter und differenzierter angehen konnte als die der DDR.

---

<sup>56</sup> Unter Politikern und Historikern besteht heute Einigkeit darüber, daß alle Konzepte, die an wertfreie „preußische Tugenden“ anknüpfen und eine bewußte Hinordnung unter ein die individuellen Einzelinteressen bündelndes Ganzes anstreben, auf die Gemeinschaft und einen autoritären Staat, quer zum Zeitgeist liegen. F.-L. Kroll, *Militär, Politik und Kultur* (wie Anm. 53), S. 9-18, hier: S. 18.

<sup>57</sup> R. v. Weizsäcker, *Mythos und Geschichte. Friedrich der Große – Zum 200. Todestag Friedrichs des Großen im Schloß Charlottenburg zu Berlin 16. August 1986*, in: Ders., *Brücken zur Verständigung. Reden*, Berlin 1990, S. 73-91.

<sup>58</sup> J. Kunisch: *Friedrich II., der Große (1740-1786)*, in: *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.*, hrsg. v. F.-L. Kroll, München 2000, S. 160-178, S. 329-331, hier: S. 329.

<sup>59</sup> W. Bahner/H. Bergmann (ed.), *Antimachiavell*, Oxford 1996.

<sup>60</sup> M.-H. Cotoni (ed.), *Correspondance de Frédéric II avec Louise-Dorothea de Saxe-Gotha (1740-1767)*, Oxford 1999.

<sup>61</sup> Kroll, *Preußens Herrscher* (wie Anm. 58).

<sup>62</sup> Heidenreich/Kroll, *Macht- oder Kulturstaat?* (wie Anm. 41).

<sup>63</sup> P. Bahners/G. Roellecke (Hrsg.), *Preußische Stile. Ein Staat als Kunststück*, Stuttgart 2001.



Dabei war die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Friedrich II. in beiden deutschen Staaten spätestens seit dem Ende der 70er Jahre gleichermaßen durch die Betonung seiner inneren Widersprüchlichkeit und Janusköpfigkeit geprägt. Zwar trug die an eine Aufwertung Preußens geknüpfte Hoffnung der SED-Führung, die DDR im nationalen historischen Kontext breiter zu verankern, jedoch barg die zunehmende Differenziertheit der Darstellung für die Geschichtsschreibung der DDR subversives Potential in sich, entzog sich doch der preußische Fall einer eindeutigen gesellschaftsformativen Zuordnung und verlangte nach einer Sprache, die die terminologische Homogenität der DDR-Geschichtsschreibung sprengte. In beiden deutschen Staaten dominierte unabhängig von unterschiedlichen politischen Intentionen, Zeitgeist, Stilen, Absichten oder – im Falle der DDR – ideologischen Kontexten, weniger aber Vorgaben, das wissenschaftliche Interesse an Friedrich II. und Preußen. Gewiß blieben diese Darstellungen niemals absichtsfrei. Direkte politische Interventionen spielten in ihnen – in der Bundesrepublik sowieso keine meßbare, aber auch in der DDR – wohl eine geringere Rolle, als vermutet. Daneben hat es immer eine eher beschönigend-nostalgische<sup>64</sup> oder folkloristische Rezeption Friedrichs gegeben, die positive Preußenstereotype für Marktmechanismen ausnutzte, beispielsweise im Falle west- und ostdeutscher Biersorten, auf symbolische Wirkungen setzte, so bei der Wiederaufstellung des Denkmals Friedrichs II. *Unter den Linden*, oder Diskurse mit populärem Potential auf das Gebiet der Kultur übertrug und zum Teil kritisch-ironisch verfremdete.<sup>65</sup>

---

<sup>64</sup> J. Fernau, Sprechen wir über Preußen. Die Geschichte der armen Leute, München, Berlin 1981 (Frankfurt a. M., Berlin 31991).

<sup>65</sup> Die Theaterstücke von P. Hacks „Der Müller von Sanssouci“ 1958 und „Die Schlacht von Lobositz“, das Stück von C. Hamel „Die Preußen kommen“ 1981 oder die Aufführung der Oper „Montezuma“ mit einem Libretto von Friedrich II. im Potsdamer Schloßtheater 1985 belegen dies.